

BAG Christinnen und Christen in der Linken

Berlin, 22. August 2019

Pressemeldung: 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung

Auf seiner ersten Sitzung hat der neu gewählte Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft linke Christ*innen die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung vor 100 Jahren gewürdigt. Nach Jahrhunderten der Allianzen von Thron und Altar hat die Weimarer Reichsverfassung eine klare Trennung zwischen Staat und Kirchen vollzogen. Der Vorstand hat aber auch unter Verweise auf die Position der Religiösen Sozialisten aus der Zeit der Weimarer Republik angemahnt, endlich den Verfassungsauftrag zu erfüllen, und die Staatsdotationen und Staatszuschüsse an die Kirchen abzulösen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, ein Rahmengesetz zu verabschieden, damit die Ablösung der Staatszuschüsse für die Kirchen auf der Ebene der Bundesländer erfolgen kann.

Gleichzeitig wurde mit der Einführung der Kirchensteuern die praktische Voraussetzung für eine Ablösung der Staatskirchenleistungen geschaffen. Dieser Verfassungsauftrag ist trotz wiederholter Aufforderung bis heute nicht von der Bundesregierung umgesetzt worden. Obgleich sich nicht einmal die Kirchen dagegen wehren. Es ist gesellschaftlich nicht vermittelbar, dass seit 1803 der Staat diese Zuschüsse an die Kirchen zahlt und der Verfassungsauftrag von Weimar nach ein hundert Jahren immer noch nicht erfüllt wird.

Die Nichtumsetzung des Verfassungsauftrags aus der Weimarer Reichsverfassung und dem Grundgesetzes blockiert bis heute die grundgesetzlich und menschenrechtlich vorgeschriebene Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Bundesrepublik.

Die heutige Bundesrepublik ist religiös und weltanschaulich pluraler geworden.

Deshalb fordert der Vorstand der BAG linke Christ*innen eine unverzügliche Umsetzung der Ablösung der Staatskirchenleistungen und die Weiterentwicklung der Finanzierung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die dem verfassungs- und menschenrechtlichen Gebot der Gleichbehandlung entspricht. Das Modell der italienischen Kultursteuer, bei der alle zahlen und die Empfänger der Zahlungen an Organisationen der Zivilgesellschaft bestimmen können, kann dabei eine Orientierung geben. Diese Kultursteuer würde den zivilgesellschaftlichen Sektor stärken, dessen Teil Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind.